Beschlussvorlage
Ref.I/II/030/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	17.07.2024	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Anpassung der Zweckvereinbarungen über die Nachbarortsverkehre anlässlich der gesetzlichen Neuregelung der Hilfen für den Ausbildungsverkehr in Art. 24 BayÖPNVG, abweichend von § 45a PBefG

Sachverhalt (kurz):

Durch die Novellierung des bayerischen ÖPNVG wird der bisherige Ausgleich nach § 45a PBefG durch eine landesrechtliche Regelung in Art. 24 BayÖPNVG ersetzt. Für grenzüberschreitende Linien, die über das Gebiet zweier Aufgabenträger führen, bedarf es deshalb der Ergänzung der bestehenden interkommunalen Vereinbarung um eine Regelung über die Verteilung der Gelder nach Art. 24 BayÖPNVG.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **BgA**

☒ **VAG**

☐

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt mit den Nachbarstädten und Landkreisen eine Anpassung der bestehenden Zweckvereinbarungen für grenzüberschreitende ÖPNV-Linien nach dem beigefügten Muster zu verhandeln und abzuschließen.

2. Der/die für die Stadt Nürnberg handelnde Vertreter/Vertreterin wird ermächtigt, alle Erklärungen abzugeben, Verträge abzuschließen und alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung notwendig, erforderlich oder zweckdienlich sind.